

Beschlussantrag Nr. A-076/2017

Einreicher:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD-Fraktion

Gegenstand:

Chemnitz glyphosatfrei

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status	Beratungsergebnis		
			öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt
Agenda-Beirat	16.01.2018	nicht öffentlich			
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	06.02.2018	nicht öffentlich			
Stadtrat	07.03.2018	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, bei allen neu abzuschließenden oder zu verlängernden Pacht- und Überlassungsverträgen für landwirtschaftliche Flächen, die Anwendung von Glyphosat vertraglich zu untersagen.

Die Regelung gilt sofort nach In-Kraft-Treten des Beschlusses für alle landwirtschaftlichen Flächen, die sich im Eigentum der Stadt befinden.

i. A. Susann Mäder, i. A. Stefan Kraatz

Unterschrift

Begründung:

Die Zulassung von Glyphosat wurde durch die EU leider um weitere fünf Jahre verlängert. Auch danach ist nicht garantiert, ob die Zulassung wirklich ein Ende findet. Laut WHO ist dieses Phosphat mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit krebserregend. Dass es toxische Wirkungen auf die Tierwelt insbesondere auf Insekten und Wassertiere hat, ist mittlerweile bewiesen. Bund, Länder und Kommunen können sich nicht aus der Pflicht nehmen, wenn es darum geht, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken zu schützen. Chemnitz ist ein dicht besiedeltes Gebiet. Grundstücke, insbesondere Gärten, aber auch Trinkwassereinzugsgebiete, befinden sich häufig in direkter Nachbarschaft zu den landwirtschaftlichen Flächen. Deshalb ist Glyphosat komplett zu untersagen. Die vom Stadtrat 2015 beschlossene Regelung, auf Glyphosat auf Sportplätzen, vor Kitas und Schulen und im sonstigen öffentlichen Raum zu verzichten, hat sich bewährt. Schon heute produzieren viele Landwirte ohne Einsatz von Glyphosat wirtschaftlich erfolgreich.